

Fulda führt zusammen

Haushalt 2026



Foll hessisch

HESSENTAG

12.-21.06.2026

IN FULDA

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

„Fulda führt zusammen“

I.

In wenigen Monaten werden wir zum zweiten Mal nach 1990 Gastgeber für den Hessentag sein. Der ehemalige Ministerpräsident Georg August Zinn formulierte die Grundidee des Hessentags mit den Worten: „Hesse ist, wer Hesse sein will“. Dieser scheinbar einfache Satz stand 1961 für eine gewaltige Aufgabe. In dem nach dem 2. Weltkrieg von den Amerikanern geschaffenen neuen Bundesland Hessen ging es darum, auch ohne die Basis einer langen gemeinsamen Tradition ein Gemeinschaftsgefühl in Hessen zu stiften. Das war damals eine wahrhaftig schwierige Aufgabe, wenn man bedenkt, dass Hessen in den 50er Jahren weniger als 5 Millionen Einwohner hatte und davon rund 1 Mio. Menschen Heimatvertriebene waren.

Diese Idee der Gemeinschaftsstiftung, die dem ersten Hessentag 1961 zugrunde lag, ist heute nach wie vor aktuell. In unserer wachsenden Stadt wird die Aufgabe immer wichtiger, den Rahmen dafür zu bieten, dass wir mit unseren unterschiedlichsten Herkünften und kulturellen Prägungen nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Letztlich kann sich eine Stadt nur dann gut entwickeln, wenn sich die Menschen mit ihrer Stadt identifizieren und sich in die Gemeinschaft vor Ort einbringen. Die Menschen zusammenzuführen – das ist im Kern das Ziel des Hessentags 2026 in Fulda. Deshalb steht auch der Entwurf des Haushalts unter dem Leitmotiv „Fulda führt zusammen“.

Die Worte „Fulda führt zusammen“ beschreiben im übertragenen Sinne auch die besonderen Herausforderungen, vor denen wir 2026 und in den kommenden Jahren stehen werden. Das grundlegende Problem der Staatsfinanzierung in Deutschland und in vielen europäischen Staaten spiegelt sich auch in dem Haushalt der Stadt Fulda wider: Auf der einen Seite steigen die Kosten für die kommunalen Aufgaben unverändert an – sei es das Thema Kinderbetreuung, sei es die Verantwortung für die Schulen oder auch die Integration und Hilfe für Menschen mit Behinderung. Auf der anderen Seite sinken die Einnahmen der öffentlichen Hand. Vor allem, weil die

Wirtschaftsleistung nachlässt oder zumindest nicht in dem Maße wächst, wie es zur Finanzierung der aktuell erreichten Standards unseres Sozialstaats erforderlich wäre.

Meine Damen und Herren,

eine dauerhafte und wachsende Diskrepanz zwischen steigenden Ausgaben und sinkenden oder mit den rasant steigenden Kosten nicht Schritt haltenden Einnahmen kann nicht funktionieren: Nicht im Haushalt des Bundes, nicht im Haushalt des Landes Hessen, nicht in Ihrem privaten Haushalt – und auch nicht im Haushalt der Stadt Fulda.

Deshalb kommt es jetzt umso mehr darauf an, die begrenzt vorhandenen Mittel zu konzentrieren, noch stärker Prioritäten zu setzen, zu sparen - und diese Konsolidierung mit unserem Ziel zusammen zu führen, unsere Stadt zukunftsfähig zu gestalten.

Der Entwurf des Haushalts 2026 soll hierzu einen Beitrag leisten!

II.

Eckdaten im Überblick:

Die Gesamterträge werden 2026 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um rund 14 Mio. EUR auf rund 288 Mio. EUR steigen. Diese höheren Erträge reichen jedoch nicht aus, um die wachsenden Ausgabenlast tragen zu können: Die Gesamtaufwendungen erhöhen sich um rund 23 Mio. EUR auf rund 303 Mio. EUR.

Somit ergibt sich für 2026 im Ergebnishaushalt ein Plandefizit von 14,8 Mio. EUR.

Meine Damen und Herren,

selbstverständlich muss es immer unser Anspruch sein, im Haushaltsvollzug einen Ausgleich zu erreichen. Das ist in den vergangenen Jahren stets gelungen. Im Jahr 2026 haben wir jedoch eine besondere Situation. Die Durchführung des Hessentags ist mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden, die sich mit rund 8 Mio. EUR im Ergebnishaushalt niederschlagen.

Umso wichtiger ist zu erklären, warum es auch in wirtschaftlicher Hinsicht sinnvoll ist, dass die Stadt Fulda 2026 Gastgeberin des Landesfests sein wird: Pandemiebedingt konnten wir 2021 den Hessentag nicht durchführen. Vor diesem Hintergrund ist die Förderkulisse für Fulda eine Besondere: Insgesamt erhalten wir investive Förderungen in Höhe von bis zu 13 Mio. EUR. Darüber hinaus 10 Mio. EUR zinslose Darlehen sowie einen Zuschuss für die Durchführung in Höhe von 2,6 Mio. EUR. Die Stadt erhält also insgesamt 25,6 Mio. EUR vom Land und leistet einen Eigenbeitrag von rund 8 Mio. EUR. Die Zahlen zeigen sehr deutlich, dass der Hessentag nicht nur das Gemeinschaftsgefühl stärkt, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Wir erwarten rund 700.000 Besucherinnen und Besucher – das wird sicherlich weitere positive Effekte für Handel, Gastronomie, Hotellerie und das Image Fuldas haben.

Meine Damen und Herren, das deutlich negative Planergebnis im Haushalt 2026 ist im Sinne der Generationengerechtigkeit ein klarer Handlungsauftrag an die Gesetzgeber in Bund und Land, endlich für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu sorgen! Dieses Defizit im Haushaltsplan ist aber auch ein konkreter Auftrag an uns als städtische Gremien, das zu tun, was wir vor Ort tun können, um den Haushalt der Stadt Fulda weiterhin generationengerecht aufzustellen!

III.

Erträge:

Auf der Ertragsseite ist die Gewerbesteuer für Fulda eine entscheidende Größe. Nach einem Rekordjahr 2024 mit rund 80 Mio. EUR Einnahmen müssen wir in Anbetracht der wirtschaftlichen Prognosen für 2026 mit deutlich geringeren Einnahmen rechnen. Der Gewerbesteueransatz liegt bei 60 Mio. EUR. Wie immer gilt der Grundsatz, dass die Gewerbesteuer in besonderem Maße volatil ist.

Meine Damen und Herren, wenn sich die wirtschaftliche Situation deutlich eintrübt und die Einnahmen nicht ausreichen, um die notwendigen Aufwendungen zu decken, stellt sich natürlich die Frage nach einer Erhöhung von Steuern.

Unsere Botschaft sollte meiner Überzeugung jedoch lauten: Wenn die Zeiten schwieriger werden, kann die erste Antwort nicht reflexhaft lauten, die Steuern zu erhöhen. Bevor Steuern erhöht werden, sollten wir als städtische Gremien unter Beweis stellen, dass wir alle vertretbaren Anstrengungen unternommen haben, um zu sparen und Aufwendungen zu begrenzen. Deshalb sieht der Haushaltsplan 2026 trotz der schwierigen Gesamtsituation bewusst keine Erhöhung der Steuersätze für die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger vor.

Somit hätten wir nach aktuellem Stand mit 380 Prozentpunkten weiterhin gemeinsam mit Marburg den niedrigsten Gewerbesteuersatz unter den Sonderstatus- und kreisfreien Städten in Hessen. Diese im Vergleich geringe Belastung ist ein konkreter Beitrag der Stadtpolitik, um auch in Zukunft Chancen zu bieten!

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden sich voraussichtlich um 0,6 Mio. EUR auf rund 40,1 Mio. EUR leicht erhöhen.

Die Grundsteuer B ist für 2026 in gleicher Höhe wie in 2025 mit 11 Mio. EUR angesetzt. Dies entspricht dem Ziel der Grundsteuerreform. Demnach soll die Grundsteuer für die Kommune insgesamt aufkommensneutral bleiben.

Wir können heute festhalten, dass wir bei der Umsetzung der Grundsteuerreform unserer Linie treu geblieben sind, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Bei der Grundsteuer B zeigt sich ganz konkret, dass Fulda seinen Bürgerinnen und Bürgern einen klaren Vorteil bietet. Fulda hat in der Gruppe der Sonderstatus- und kreisfreien Städte hessenweit mit 313 % die niedrigste Grundsteuer B! Zum Vergleich: Offenbach hat einen Hebesatz von 1230% und Hanau von 645%!

Der Bund der Steuerzahler Hessen hat 2024 die Feststellung getroffen, dass beim Vergleich unter 12 hessischen Städten die Wohnnebenkosten in Fulda am niedrigsten sind!

Diese Auszeichnung des als kritisch bekannten Bundes der Steuerzahler sollte uns auch für die Zukunft Ansporn sein!

Meine Damen und Herren, 2023 haben wir die Entscheidung getroffen, einen Tourismusbeitrag in Höhe von 2 EUR pro Übernachtung einzuführen. Diese

Entscheidung hat sich meines Erachtens bewährt. Für 2026 sind Erträge von 1,4 Mio. EUR veranschlagt. Diese Einnahmen sind für uns in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig geworden. Denn nur mit dieser Finanzierungsgrundlage können wir unser Kulturprogramm, welches mittlerweile auch überregional große Beachtung findet, in dieser Form bewahren und ausbauen. Fulda wird als Kultur- und Erlebnisraum immer attraktiver. Das kommt nicht nur unseren Gästen, sondern allen Bürgerinnen und Bürger mit einer lebendigen Innenstadt zugute!

Der Hessentag 2026 wird in dieser Hinsicht einen besonderen Akzent setzen. Dass der Hessentag uns dabei hilft, unser Profil als Kulturstadt zu schärfen, zeigt sich bereits jetzt: Noch nie ist es wie beim Konzert von Peter Maffay gelungen, dass 11.000 Tickets innerhalb von 5 Minuten ausverkauft waren!

IV.

Aufwendungen:

Meine Damen und Herren, auch der Haushalt 2026 sieht erneut Steigerungen auf der Aufwandsseite vor.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen im Jahr 2026 erneut: um 5,6% auf insgesamt rund 97,3 Mio. EUR. Das Personalbudget ist nach wie vor die größte Kostenposition im Ergebnishaushalt.

Im Unterschied zu den Vorjahren ist der Kostenanstieg jedoch allein auf nicht beeinflussbare Tarifierhöhungen zurückzuführen. Der neue Haushalt sieht nicht mehr Stellen, sondern 7 Stellen weniger vor.

Trotz der wachsenden Aufgaben und der zunehmenden Arbeitsverdichtung ist die Reduzierung der Stellen ein wichtiges Signal nach innen in die Stadtverwaltung, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger.

Die Botschaft ist sicher keine einfache, aber eine notwendige: Die öffentliche Hand und ganz konkret die Stadt kann nicht in allen möglichen Lebensbereichen immer mehr Verantwortung übernehmen und mehr leisten. Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass ein wichtiges Grundprinzip unserer freiheitlich-demokratischen

Gesellschaft wieder stärker in das Bewusstsein rückt: das Prinzip der Eigenverantwortung!

Ich habe den Eindruck, dass diese Eigenverantwortung gesamtgesellschaftlich gestärkt werden muss: Sei es im Selbst- und Zivilschutz, sei es bei dem Einsatz für die Einhaltung von Regeln, sei es bei dem Einsatz für Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt: Ohne Eigenverantwortung sind wir nicht zukunftsfähig!

Recht häufig werde ich mit dem Wunsch kontaktiert, dass viel mehr Kontrollen im Straßenverkehr und im öffentlichen Raum durchgeführt werden sollten, dass die Ausbreitung der Herkulesstauden intensiver bekämpft werden sollte, dass mehr Toiletten und Müllbehälter im ganzen Stadtgebiet aufgestellt werden sollten und dass das Laub städtischer Bäume schneller beseitigt werden solle.

Das sind nur einige Beispiele für Anliegen, die sicher auch an Sie als Mitglieder der städtischen Gremien herangetragen werden. Die meisten Anliegen mögen im konkreten Fall durchaus verständlich sein. Doch ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung, Überzeugungsarbeit zu leisten für eine Botschaft: Der Staat und auch die Stadt Fulda sind nicht in der Lage, immer mehr Personal einzustellen und dem einzelnen jede Verantwortung für das Ganze abzunehmen. Die Wahrheit lautet: Zusätzliches Personal ist in der Regel nicht finanzierbar und immer häufiger aufgrund des demographischen Wandels schlicht und ergreifend nicht verfügbar. Umso wichtiger wird es sein, die Kultur der Eigenverantwortung zu stärken.

Neben dem Werben für Eigenverantwortung sind wir als städtische Gremien immer wieder gefordert, selbstkritisch unsere Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Zusammenhang bin ich Ihnen dankbar, dass wir vor zwei Jahren gemeinsam die Entscheidung getroffen haben, die Verwaltung der Sozialhilfe (SGB XII) und des Wohngeldes auf den Landkreis Fulda zu übertragen.

Diese Entscheidung bedeutet bereits jetzt eine erhebliche Reduzierung unserer Personalaufwendungen und eine Reduzierung der Stellenzahl. Darüber hinaus gelingt es uns, in einigen Verwaltungsbereichen durch die Möglichkeiten der Digitalisierung Stellen einzusparen.

Meine Damen und Herren,

die Aufwendungen für Steuern und Umlagen verringern sich im kommenden Jahr voraussichtlich um rund 1% auf 42,9 Mio. EUR. Das ist nur auf den ersten Blick erfreulich. Denn bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die etwas geringere Umlagelast vor allem auf die niedrigere Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer zurückzuführen ist. Bei den Umlagen ist die größte Einzelposition weiterhin die Kreisumlage mit rund 33,7 Mio. EUR.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bietet der Haushalt 2026 wiederum eine verlässliche Basis, um die Gemeinschaft in Fulda zu unterstützen. Besonders wichtig ist dabei das Vereinsleben. Kultur und Sport sind die besten Beispiele dafür, wie es auch in einer immer individualisierteren Gesellschaft gelingen kann, Menschen zusammenzuführen.

Auch mit dem Haushalt 2026 verfolgen wir das Ziel, dass für Vereine und Gemeinschaften passende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Beispielhaft steht hierfür das Bürgerhaus in Kämmerzell, dessen Umbau und Erweiterung sich nun tatsächlich auf der Zielgeraden befindet.

V.

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe:

Der größte Einzeletat ist wiederum die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Der Aufwand steigt hier erneut, und zwar um rund 3 Mio. EUR auf rund 72 Mio. EUR.

Der Eigenbeitrag, den die Stadt nach Abzug aller Zuweisungen aus rein kommunalen Mitteln zu leisten hat, steigt ebenso um rund 3 Mio. auf rund 50,5 Mio. EUR.

Meine Damen und Herren,

diese Steigerung der Aufwendungen um 3 Mio. EUR aus rein städtischen Mitteln ist ein konkretes Beispiel dafür, warum wir als Kommunen finanziell nicht ausreichend von Bund und Land ausgestattet werden, um unsere Kernaufgaben zu erfüllen. An dieser Stelle muss ich nochmals in Erinnerung rufen, dass es der Bund war, der gegen

den Widerstand der Kommunen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab August 2026 einführt. Es war das Land Hessen, was gegen den erklärten Widerstand vieler Kommunen ab 2018 die Beitragsfreistellung für den Kindergarten beschloss.

Wenn Bund und Land solche Entscheidungen treffen, sollten sie nicht nur politisch gut vermarktbar sein. Auch wenn von Bund und Land beschlossene „Wohltaten“ in der Sache wünschenswert sein mögen, müsste es doch selbstverständlich sein, dass die Folgekosten dieser Entscheidungen nicht bei den Städten und Gemeinden hängen bleiben. Dafür haben Bund und Land in den beschriebenen Beispielen aber leider nicht gesorgt! Wir spüren jetzt – in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten – wie teuer diese Entscheidungen für uns vor Ort sind! Das sogenannte Konnexitätsprinzip - was vereinfacht formuliert bedeutet „Wer bestellt, bezahlt“ - ist endlich im Koalitionsvertrag des Bundes verankert. Jetzt und in den kommenden Jahren werden wir uns jedoch mit der Frage beschäftigen müssen, ob und wenn ja wie wir die bisherigen „Bestellungen“ von Bund und Land noch bezahlen können!

Als erfreulicher Fakt ist festzuhalten, dass wir voraussichtlich auf absehbare Zeit keinen Mangel an Betreuungsplätzen in unseren Kindertagesstätten haben werden. Das ist ein wichtiger Baustein für die Familienfreundlichkeit und ein Vorteil im Wettbewerb mit anderen Kommunen.

Die großen Baumaßnahmen in Edelszell und Lehnerz sind nun wirklich fast abgeschlossen. In der Sache sollte es uns Sorgen bereiten, dass die Geburtenzahlen deutschlandweit und auch in Fulda tendenziell sinken. In den vergangenen zwei Jahren wurden jeweils deutlich weniger als 600 Kinder mit Wohnsitz in Fulda geboren. Das ist ein erheblicher Rückgang! In den Jahren 2020 und 2021 waren es jeweils noch rund 650 Kinder, die mit Wohnsitz in Fulda geboren wurden.

Dass wir in der Stadtverwaltung nicht selten Beschwerden über Lärm in der Nachbarschaft von Kinderspielflächen oder Kitas zu hören bekommen, sollte nachdenklich stimmen. Der altbekannte Satz „Kinderlärm sollte Musik in unseren Ohren“ sein, ist wahrhaftig keine Floskel. Für eine gute Zukunft wären höhere Geburtenzahlen wünschenswert! Deshalb ist es so wichtig, dass wir vor Ort alles tun, damit wir als Kommune besonders kinder- und familienfreundlich sind und jungen Familien mehr bieten als andere.

Zu den größten Haushaltspositionen werden auch 2026 die Erziehungs- und Eingliederungshilfen für junge Menschen zählen. Für das kommende Jahr planen wir hier mit einem erneut steigenden Eigenbeitrag der Stadt in Höhe von dann 14,3 Mio. EUR.

Fakt ist leider, dass selbst bei konstant bleibenden Fallzahlen die Kosten für als notwendig erachtete Maßnahmen in der Erziehungs- und Eingliederungshilfe steigen.

Insgesamt belaufen sich unsere Aufwendungen nach Abzug der Erträge im Produktbereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe auf 50,5 Mio. EUR. Diese Steigerung um rund 3 Mio. EUR steht exemplarisch für den enormen Kostendruck, unter dem wir als Jugendhilfeträger stehen.

VI.

Schule, Bildung und Kultur

Auch in unserer Aufgabe als Schulträger werden wir 2026 eine erheblich steigende Kostenlast zu schultern haben.

Die größten investiven Maßnahmen sind der Neubau der Cuno-Raabe-Schule, der Umbau für die Nachmittagsbetreuung an der Sturmiusschule, die Baumaßnahmen an der Bonifatiuschule und die Modernisierung der Ferdinand-Braun-Schule.

Bei allen Bauvorhaben sind wir mit stetig steigenden Baukosten konfrontiert. Das führt uns vor Augen, wie gut und richtig es war, dass wir bereits in den vergangenen Jahren in hohem Maße in unsere Schulen investiert haben. Die Baupreise haben sich seit der Pandemie dramatisch erhöht. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die deutlich steigenden Baukosten müssen für uns Anlass sein, die finanzielle Machbarkeit der jeweiligen Vorhaben noch kritischer zu prüfen.

Der geplante Rechtsanspruch auf eine Nachmittagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 stellt uns vor eine große Herausforderung. Zur Erinnerung: Allein für die Investitionen in die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen mussten wir mehr als 25 Mio. EUR einplanen. Entsprechende Fördermittel des Bundes werden voraussichtlich nur in Höhe von ca. 2,6 Mio. EUR gewährt. De facto zahlt der Bund also nur 10%

seiner „Bestellung“. Den Rest von 90% müssen wir als Stadt Fulda bezahlen, obwohl wir gar nichts bestellt haben! Das kann nicht so weitergehen!

VII.

Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung

Meine Damen und Herren,

Fulda ist eine Stadt, die weiterhin wächst. Ich will an dieser Stelle noch einmal bekräftigen, dass die Ergebnisse des Zensus, der letztlich auf Hochrechnungen und nicht auf realen Zahlen wie unser kommunales Melderegister basiert, weder für uns in Fulda noch für die meisten anderen Städte in Hessen akzeptabel sind. Auch im vergangenen Jahr ist unsere Einwohnerzahl nach unserem Melderegister um rund 270 Menschen auf nun 70.926 (Stand 29.9.2025) gestiegen. Ein praktischer Beleg für unsere wachsende Bevölkerung ist die weiterhin hohe Nachfrage nach Wohnraum. Die Schaffung von adäquatem Wohnraum, der den unterschiedlichen Bedürfnissen in unterschiedlichen Lebensphasen Rechnung trägt, gehört damit weiterhin zu den Zielen unserer Stadtentwicklung.

Bundesweit entstehen derzeit in den Wachstumsregionen zu wenige neue Wohnungen. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Umso wichtiger ist es, dass wir hier in Fulda unsere Chancen nutzen, weiteren Wohnraum zu schaffen, insbesondere im sozialen Mietwohnungsbau sowie für Studierende und Auszubildende.

Unser eigenes Fuldaer Förderprogramm, welches wir im Dezember 2015 beschlossen hatten, wirkt.

Anfang 2026 wird das von uns geförderte Bauvorhaben des Fuldaer Spar- und Bauvereins in den Zeppelingärten bezugsfertig sein. Das Siedlungswerk Fulda hat mit dem Bau von 69 Wohneinheiten im Waidesgrund begonnen. Mit einem Beschluss in der heutigen Stadtverordnetenversammlung tragen Sie dazu bei, dass das Klinikum mit dem Projekt „Junges Wohnen“ im Waidesgrund rund 170 Plätze für Studierende und Auszubildende schaffen kann.

Die Nassauische Heimstätte hat vor wenigen Wochen bekräftigt, dass sie zeitnah mit dem Bau von 144 Wohnungen im Waidesgrund beginnen wird und dass die Hälfte der Wohneinheiten, d. h. 70 Wohneinheiten, im sozialen Wohnungsbau entstehen werden. Das ist in jeder Hinsicht bemerkenswert. Der Waidesgrund ist eines der ganz wenigen Neubauvorhaben, welches die NH als einer der größten Akteure am Wohnungsmarkt in Hessen (60.000 WE!) derzeit überhaupt realisiert!

Meine Damen und Herren, diese rege Bautätigkeit in Fulda ist deutschlandweit gerade abseits der Metropolen höchst bemerkenswert und sie hat eine Ursache: Die meisten aktuellen Bauprojekte in Fulda werden nur umgesetzt, weil wir als Stadt aktiv durch eigene Fördermittel oder die Übernahme von Bürgschaften unterstützen.

Der Haushalt 2026 trägt dazu bei, dass die Förderungen für all die Projekte, die wir in den vergangenen Jahren beschlossen haben, auch umgesetzt werden können.

Bei neuen Bauprojekten werden wir noch intensiver abwägen und Prioritäten setzen müssen. Nicht alle in der Sache höchst wünschenswerten Wohnprojekte werden für die Stadt förderfähig sein können.

Auch bei der Weiterentwicklung des ÖPNV wird es noch stärker darauf ankommen, Prioritäten zu setzen. Das Konzept „Taktfol“ soll schrittweise umgesetzt werden – dabei müssen wir sorgsam darauf achten, was personell in Anbetracht der Fachkräftemangels umsetzbar und finanziell für uns schulterbar ist.

Meine Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit dynamischer Veränderungen und Umbrüche. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt nicht auf die Rolle einer passiven Beobachterin beschränkt sind, sondern aktiv gestalten. Wer kommunal gestalten will, muss handlungsfähig sein!

In den vergangenen Jahren hat die Stadt Fulda eine aktive Politik der Bodenbevorratung betrieben und eine Reihe von Grundstückskäufen getätigt, die vor allem strategisch begründet waren. Zu dieser aktiven kommunalen Bodenbevorratung bekenne ich mich ausdrücklich – gerade in einer wachsenden Stadt, in der Fläche ein knapper werdendes Gut ist. Durch unsere bisherigen strategischen Grundstückserwerbe konnten wir die Stadtentwicklung aktiv und wie ich meine positiv vorantreiben. Nur zwei Beispiele möchte ich an dieser Stelle nennen: Erstens den Erwerb der DHL-Flächen in Haimbach/Ost. Dort entstehen nun die ersten

Einfamilienhäuser. Zweitens den Erwerb der Gebäude Gallasiniring 8-10, wo nun u.a. eine Gemeinschaftspraxis für Allgemeinmedizin bereits eingezogen ist.

In einer Zeit, in der Konsolidierung dringend geboten ist, kommt es meiner Überzeugung nach aber auch darauf an, den vorhandenen Flächen- und Immobilienbestand auf den Prüfstand zu stellen.

Vor diesem Hintergrund sieht der Haushaltsentwurf ganz bewusst mit rund 2 Mio. EUR deutlich niedrigere Mittel für den Grundstückerwerb vor. Im Haushalt 2025 hatten wir hier noch 9 Mio. EUR vorgesehen.

Bei einigen Flächen und Immobilien möchte ich Ihnen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts vorschlagen, eine Veräußerung auf den Weg zu bringen. Nur beispielhaft steht hierfür eine Fläche im Waidesgrund, die laut Bebauungsplan bislang für den Bau eines Kindergartens vorgesehen war. In Anbetracht des zurückgehenden Bedarfs an Kindergartenplätzen möchte ich Ihnen vorschlagen, diese Fläche für Zwecke der Wohnbebauung zu veräußern.

VIII.

Sicherheit, Brand- und Zivilschutz, medizinische Versorgung

Meine Damen und Herren,

auch in wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten dürfen wir nicht der Versuchung erliegen, in unseren Bemühungen um die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit nachzulassen:

Die Nachrichten aus der internationalen Politik, aus der Ukraine, aus Nahost, aber auch aus der unmittelbaren Nachbarschaft wie aus Dänemark und Polen sowie die weltweit spürbaren Folgen des Klimawandels, zeigen uns täglich, dass wir auch auf kommunaler Ebene noch besser darauf vorbereitet sein müssen, unsere Bevölkerung zu schützen und Vorsorge zu treffen.

Die Feuerwehr und die Stadtpolizei sind die Grundpfeiler unserer städtischen Gefahrenabwehr.

Deshalb ist es unsere Verpflichtung, beständig für eine bestmögliche Ausstattung unserer haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte zu sorgen.

Dazu gehören auch adäquate Räumlichkeiten: 2026 steht hier die Entwicklung des neuen Feuerwehrstützpunktes Süd im Mittelpunkt. In Anbetracht der schwierigen Haushaltslage möchte ich bekräftigen, dass die Umsetzung des „Stützpunkts Süd“ für den Bereich des Kirchspiels Johannesburg höchste Priorität hat und kein zeitlicher Aufschub vertretbar ist.

Meine Damen und Herren,

die Qualität der Gesundheitsversorgung wird in unserer Gesellschaft für immer mehr Menschen zu einem maßgeblichen Indikator für die Lebensqualität vor Ort.

Umso wichtiger ist für uns das Klinikum Fulda als stabiler Anker für die Gesundheitsversorgung der Menschen in ganz Osthessen und darüber hinaus! An dieser Stelle will ich mich bewusst wiederholen, und ich kann Ihnen nicht ersparen, dass Sie es immer wieder von mir hören werden. Es gibt nach meiner Kenntnis keine vergleichbare Situation in ganz Deutschland. Eine Stadt mit rund 71.000 Einwohnern ist Trägerin eines großen Maximalversorgers, der für ein Gebiet mit rund 500.000 Menschen sorgt und neben der Patientenversorgung auch noch die Möglichkeit eines Medizinstudiums ab dem 7. Semester anbietet.

Dass wir uns als Stadt Fulda dieser Aufgabe annehmen, alleinige Trägerin einer solchen Klinik von überregionaler Bedeutung zu sein, ist bundesweit einzigartig.

Und es ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für uns als Stadt eine große finanzielle Bürde, diese Verantwortung zu tragen.

In den vergangenen 10 Jahren haben wir weit mehr als 50 Mio. EUR aus originären Mitteln der Stadt Fulda in das Klinikum investiert – obwohl die Krankenhausfinanzierung in Deutschland das eigentlich nicht vorsieht. Ich wiederhole mich auch hier: Der Bund ist für die Kosten des laufenden Betriebs zuständig. Die Bundesländer sind für die Investitionen zuständig. Unser System der Krankenhausfinanzierung sieht nicht vor, dass Kommunen Eigenbeiträge für den Betrieb eines Krankenhauses erbringen.

Mich selbst besorgen die diesbezüglichen Wiederholungen in meinen Haushaltsreden Jahr für Jahr. Und erneut will ich an dieser Stelle an den Bund, aber auch an das Land appellieren:

Die für die Patientenversorgung in Deutschland notwendigen Krankenhäuser müssen endlich von Bund und Land auskömmlich finanziert werden!

Die Realität sieht nach wie vor anders aus.

Die Frage, die derzeit in Deutschland fast alle Betreiber von Krankenhäusern bewegt, ist: Welche Krankenhäuser werden die möglichen Erfolge der angekündigten Krankenhausreform überhaupt noch erleben?

Damit die wirtschaftliche Existenz unseres Klinikums nicht gefährdet ist, müssen wir gemeinsam mit dem Landkreis jederzeit handlungsfähig sein. Von daher ist auch der Haushalt 2026 wiederum ein klares Bekenntnis zum Klinikum in kommunaler Trägerschaft!

Meine Damen und Herren,

ich werde immer öfter von Bürgerinnen und Bürgern gefragt, was denn die Stadt Fulda konkret tue, um dem Ärztemangel entgegen zu wirken. Als Stadt sind wir hier tatsächlich in mehrfacher Hinsicht aktiv. Zum einen durch die Unterstützung von Arztpraxen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Sehr gut hat das beispielsweise bei der Gemeinschaftspraxis am Gallasiniring funktioniert. Zum anderen ist es unser Klinikum, welches mit dem Campus Fulda die Möglichkeit bietet, dass Studierende der Uni Marburg ihr Medizinstudium ab dem 7. Semester in Fulda fortsetzen können. Im vergangenen Jahr konnte ich hier im Fürstensaal 60 junge Studierende der Medizin begrüßen. Von diesen kam nur ein Student ursprünglich aus der Region Fulda. Alle anderen haben Fulda neu entdeckt!

In zwei Wochen werden wir erneut 75 Studierende der Medizin begrüßen dürfen, die zum 7. Semester aus Marburg nach Fulda wechseln. Das heißt im Klartext: Der Campus Fulda der Uni Marburg ist schon jetzt ein Erfolgsmodell, welches gemeinsam mit der Hochschule Fulda weiter ausgebaut wird. Das ist aus meiner Sicht der beste Weg, um junge Mediziner für die Stadt und für die Region zu gewinnen.

Und der Campus Fulda stellt auch unter Beweis, dass die hohen finanziellen Aufwendungen für das Klinikum mit einer echten Zukunftschance verbunden ist. Diese Chance besteht vor allem auch in der langfristigen Sicherung der Versorgung vor Ort. Das Beispiel der Rheumatologie führt uns ganz klar vor Augen: Medizinischen Nachwuchs kann man sich nicht von heute auf morgen „backen“. Nur eine langfristige Personalentwicklung kann die Versorgung der Zukunft sichern. Hierfür sind wir mit dem Campus Fulda auf einem guten Weg.

Auch das geplante Projekt eines zahnmedizinischen Studienangebots kann einen weiteren Schritt zur Stärkung des Klinikums als Bildungseinrichtung bedeuten. Mit der Einreichung des entsprechenden Antrags beim Wissenschaftsrat konnten wir vor wenigen Wochen eine wichtige Hürde nehmen.

All das spricht dafür, dass wir auch in wirtschaftlich herausforderungsvollen Zeiten als kommunaler Träger das Klinikum Fulda verlässlich unterstützen!

IX.

Klima, Natur- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle erneut meine Besorgnis zum Ausdruck bringen, dass der Klimawandel als die existenzielle Herausforderung unserer Zeit in der öffentlichen Debatte kaum noch eine Rolle spielt.

Dabei muss es unser Anspruch in Deutschland sein, Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen. Diese scheinbar triviale Erkenntnis birgt einen sehr komplexen Handlungsauftrag. Klar bleibt meiner Überzeugung nach, dass nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland europa- und weltweit eine starke Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen kann.

Umso wichtiger ist es, dass wir mit Sinn für das Machbare, Technologieoffenheit und Innovationskraft einen Beitrag dazu leisten, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und das Ziel einer Dekarbonisierung zu erreichen.

Fakt ist, dass wir den Ausbau erneuerbarer Energien in der Stadt vorantreiben.

Deshalb sollten wir auch im kommenden Jahr weiter versuchen, den Rahmen für Solarprojekte zu bieten, die aufgrund ihrer Größe einen wirklich relevanten Beitrag zur Energiegewinnung leisten können.

Während wir für die Agri-PV-Anlage in Maberzell nach meinem Eindruck auf eine sehr hohe öffentliche Akzeptanz setzen können, zeigt die Erfahrung in Kämmerzell, wie groß die Aufgabe ist, vor Ort die notwendige Unterstützung für den Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen.

Hier ist es meiner Überzeugung nach nicht der richtige und erfolgversprechende Weg, mit dem „Kopf durch die Wand“ zu gehen. Ich stehe für die Zielsetzung, im Dialog mit den Ortsbeiräten und Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zumindest den ernsthaften Versuch zu unternehmen, eine überwiegende Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen. Wie sich vielen von uns gezeigt hat, ist es immer dann, wenn es konkret wird, mitunter ein sehr anstrengender Weg.

Ich möchte aber auch heute für diesen Weg werben und meine, dass wir mit dem vielfältigen deutschlandweiten Engagement unserer kommunal getragenen Rhön Energie Fulda und ganz konkret mit dem Projekt in Maberzell im Jahr 2026 weitere ermutigende Beispiele für den kommunal getragenen Ausbau erneuerbarer Energien voranbringen können.

X.

Investitionen, Kredite und Verschuldung:

Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für unser kommunales Handeln haben sich gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtert.

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gibt es derzeit keine Prognosen, die Anlass zur Zuversicht vermitteln. Die OECD sieht aktuell für das Jahr 2026 in Deutschland nur geringe Wachstumsperspektiven. Die Finanzlage des Landes Hessen ist auch in Anbetracht der Auswirkungen des Zensus im bundesweiten Vergleich als schwierig einzustufen. Dass die Sondervermögen des Bundes auch für

uns in Fulda mit neuen Chancen verbunden sein können, ist sehr wahrscheinlich. Allerdings werden wir wohl erst in einigen Monaten Klarheit haben, wie genau die Mittel aus den Sondervermögen eingesetzt werden können. Von daher sind diese Chancen noch nicht greifbar.

Vor diesem Hintergrund werden bei den Haushaltsberatungen 2026 und voraussichtlich auch in den kommenden Jahren Zurückhaltung, Vorsicht und auch Verzicht geboten sein.

Konsolidierung bedeutet im Haushalt 2026 ganz konkret, die geplanten Investitionen zu reduzieren.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir im Haushalt 2023 mit einem Investitionsvolumen von 129 Mio. EUR geplant hatten. In den Jahren 2024 und 2025 planten wir mit Investitionen in Höhe von jeweils rund 85 Mio. EUR.

Als konkreten Beitrag zu einer Konsolidierung möchte ich Ihnen vorschlagen, die Höhe der Investitionen für 2026 nochmals deutlich von rund 85 Mio. auf rund 69 Mio. EUR zu reduzieren. Dies ist noch immer eine erhebliche Summe, die unsere Investitionsbereitschaft erneut unter Beweis stellen würde.

Die spannende Frage, welche konkreten Projekte es sein werden, die wir verschieben oder auf die wir verzichten müssen, kann aktuell noch nicht final entschieden werden. Denn wie bereits erläutert, ist noch immer unsicher, welche Refinanzierungsmöglichkeiten die neuen Sondervermögen des Bundes für uns auf kommunaler Ebene bedeuten werden. Die Fördermöglichkeit wird sicherlich ein Faktor bei der Prioritätensetzung sein. Von daher kann ich Ihnen zusagen, in den kommenden Monaten konkrete Vorschläge für das Setzen von Prioritäten zu unterbreiten. Klar ist jedoch, dass im Haushalt 2026 deutlich weniger Mittel für Investitionen vorgesehen sind.

Demgegenüber sind im Finanzhaushalt 2026 Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von insgesamt 50 Mio. EUR veranschlagt. Nach Möglichkeit soll dieser Kreditrahmen im Vollzug nicht voll in Anspruch genommen werden. Zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit ist geplant, einen Liquiditätsrahmen von bis zu 50 Mio. EUR in Form eines Kontokorrentkredits einzurichten.

Es ist vorgesehen, Tilgungen in Höhe von 8,7 Mio. EUR zu leisten.

Natürlich verfolgt auch der Haushalt 2026 das Ziel, dem Anspruch der Nachhaltigkeit im finanziellen Sinne gerecht zu werden. Allerdings ist eine Erhöhung der Verschuldung in der aktuellen Situation nicht zu vermeiden. Für Ende 2026 wird mit einem Schuldenstand von rund 102 Mio. EUR kalkuliert. Letztlich wird die Höhe der Verschuldung zum Jahresende 2026 aber davon abhängen, welche Refinanzierungsmöglichkeiten die Sondervermögen des Bundes bieten und in welcher Höhe die Kreditermächtigungen in Anspruch genommen werden müssen.

Klar ist, dass es auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unser Ziel bleiben sollte, für eine möglichst geringe Verschuldung einzutreten. Das ist meiner Überzeugung nach nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen, sondern auch Voraussetzung dafür, dass wir handlungsfähig sind, wenn es darauf ankommt, Chancen für Fulda zu nutzen!

Meine Damen und Herren,

die Finanzlage der Kommunen ist in der Tat sehr schwierig. Das gilt auch für den Haushalt der Stadt Fulda.

Diese bittere Erkenntnis sollte uns alle jedoch nicht in Resignation versinken lassen. Im Gegenteil: Wir sind nun als kommunalpolitisch Verantwortliche besonders gefordert! Und gerade im Vergleich zu anderen Ländern, anderen Städten gibt es keinen Anlass für Resignation. Allerdings brauchen wir Mut zur schonungslosen Analyse und Zuversicht, um unsere Stadt in schwieriger Zeit gut zu gestalten und in die Zukunft zu führen!

Alles andere würde auch nicht zu uns in Fulda passen. Fulda ist die Stadt, die bis heute vom Wirken des heiligen Bonifatius geprägt ist. Bonifatius stand auch in stürmischster Zeit für Zuversicht und hat sich durch Rückschläge nie entmutigen lassen.

Passend dazu hat anlässlich der diesjährigen Herbsttagung der deutschen Bischofskonferenz der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf (also ein direkter Amtsnachfolger von Bonifatius) die folgenden Worte formuliert:

„Wir befinden uns inmitten tiefgreifender Veränderung, denen wir uns stellen müssen – und zwar ohne in Resignation oder Kulturpessimismus zu verfallen oder uns aus der Gesellschaft schmollend zurückzuziehen“

Oder vereinfacht ausgedrückt: Jammern hilft nicht! Packen wir es an!

Meine Damen und Herren,

die schwierige Haushaltssituation und die anstehenden Kommunalwahlen werden uns in den kommenden Wochen sicherlich alle besonders fordern. Umso mehr möchte ich dafür werben, auch in schwierigen Zeiten die aus meiner Sicht gute Fuldaer Tradition eines respektvollen Miteinanders in den Haushaltsberatungen fortzuführen!

Herzlich bedanken möchte ich mich bereits jetzt bei unserem so verlässlichen und kompetenten Team der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushalts 2026, die uns besonders gefordert hat!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Fulda, 2. Oktober 2025

Dr. Heiko Wingenfeld